

Stämpfli juristische Lehrbücher

---

Andreas Lienhard  
August Mächler  
Agata Zielniewicz

# Öffentliches Finanzrecht



Stämpfli Verlag

Der Staat kann seine Aufgaben nur dann erfüllen, wenn auch deren Finanzierung nachhaltig gesichert ist. Dem Recht der öffentlichen Finanzen kommt in Bezug auf den Erwerb der finanziellen Mittel, deren Zuteilung auf die verschiedenen staatlichen Ebenen, die Verwendung für die Aufgabenerfüllung, die Verwaltung der Finanzen sowie die Aufsicht und Kontrolle eine zentrale Funktion zu. In den letzten Jahren hat dieses Rechtsgebiet denn auch stark an Bedeutung gewonnen und sich dynamisch entwickelt. Im Verfassungsrecht finden sich unter anderem Regeln über Schuldenbremsen, die Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung, die effiziente und wirksame Aufgabenerfüllung sowie den Finanz- und Lastenausgleich. Auf Gesetzes- und Verordnungsebene werden neue Formen der Budgetierung und der Verwaltungsführung sowie modifizierte Rechnungsmodelle umgesetzt.

Das vorliegende Buch beinhaltet sowohl die Grundlagen des eidgenössischen wie auch des kantonalen Rechts der öffentlichen Finanzen. Zahlreiche Beispiele und Abbildungen ergänzen die systematische Darstellung der Finanzverfassung, der finanzpolitischen Gesamtsteuerung, der Haushaltsführung, der Rechnungslegung, der Subventionen sowie der Finanzaufsicht und Finanzkontrolle. Nicht Gegenstand dieses Buches ist das Steuerrecht.

Vorab als Lehrbuch ausgestaltet richtet sich dieses Werk aber auch an die Praxis und soll allen, die sich mit dem Recht der öffentlichen Finanzen befassen, Einstieg, Fundus und Denkanstoss sein.

---

Andreas Lienhard

Ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht,  
Universität Bern

August Mächler

Titularprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie  
Rechtssetzungslehre, Universität Zürich

Agata Zielniewicz

Rechtsassessorin, LL.M.

# Öffentliches Finanzrecht

Unter Mitarbeit von Dr. iur. Peter Bieri, Rechtsanwalt, MLaw  
Nina Ochsenbein, Rechtsanwältin, und MLaw Fabiane Thomann



Stämpfli Verlag

---

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2017  
[www.staempfliverlag.com](http://www.staempfliverlag.com)

E-Book ISBN 978-3-7272-1942-9  
Print ISBN 978-3-7272-8501-1

Über unsere Online-Buchhandlung [www.staempflishop.com](http://www.staempflishop.com)  
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Judocu ISBN 978-3-0354-1440-0



## Vorwort

Ein Buch zum öffentlichen Finanzrecht zu verfassen, ist ein mehrjähriges Unterfangen. Entsprechend beträchtlich ist auch der Bedarf an fachlichen, personellen und finanziellen Ressourcen. Vielfältig ist denn auch unser nachfolgender Dank.

Inhaltliche und formale Unterstützung sowie grosses Engagement für das Buch überhaupt durften wir von Herrn Dr. Peter Bieri, Rechtsanwalt, von Frau MLaw Nina Ochsenbein, Rechtsanwältin, sowie von Frau MLaw Fabiane Thomann erfahren. Einzelne Entwürfe wurden ferner verdankenswerterweise durch Frau Dr. Fabienne Marti Locher bzw. durch Frau Dr. Barbara Riedi einer kritischen Durchsicht unterzogen. Für gezielte Recherchen dankbar sind wir Frau MLaw Manuela Renggli und für den administrativen Support Frau Monika Schneider.

Grosser Dank gebührt ferner Herrn Regierungsrat Kaspar Michel, Finanzdirektor des Kantons Schwyz, der dem Projekt eines Lehrbuchs zum öffentlichen Finanzrecht spontan positiv gegenüberstand und auch nahezu alle anderen Kantone für einen Finanzierungsbeitrag überzeugen konnte. Diese substantielle Unterstützung durch die Kantone wird bestens verdankt.

Dem Stämpfli Verlag mit Herrn Fürsprecher Stephan Grieb, Herrn Jens Stahlkopf und Herrn Claude Million danken wir für die Aufnahme des Werks in die Reihe der SjL, für das Lektorat sowie für die Finalisierung bis zur Publikationsreife.

Das Manuskript wurde per 1. Januar 2017 abgeschlossen. Seitherige Neuerungen konnten nur noch vereinzelt berücksichtigt werden. Hinweise und Anregungen sind jederzeit willkommen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird grundsätzlich darauf verzichtet, sowohl die weibliche als auch die männliche Personenbezeichnung zu verwenden.

Bern, im September 2017

Andreas Lienhard  
August Mächler  
Agata Zielniewicz



# Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Allgemeine Literatur.....	XXIII
Dokumente.....	XXVII
Rechtsquellen.....	XXXIX
Abkürzungen.....	LI
Abbildungen.....	LVII
<b>1. Kapitel: Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>2. Kapitel: Finanzverfassung.....</b>	<b>7</b>
§ 1 Grundlagen.....	9
§ 2 Verfassungsgrundsätze.....	13
§ 3 Föderale Aufgabenordnung.....	19
§ 4 Finanzierung im föderalistischen Gefüge.....	30
§ 5 Haushaltsausgleich.....	45
§ 6 Finanz- und Lastenausgleich.....	45
§ 7 Gewaltenteilige Kompetenzordnung.....	46
§ 8 Finanzaufsicht.....	51
<b>3. Kapitel: Finanzpolitische Gesamtsteuerung.....</b>	<b>53</b>
§ 1 Finanzpolitik.....	54
§ 2 Instrumente der Stabilisierungspolitik (fiskalpolitische Instrumente).....	65
§ 3 Schuldenbremse auf Bundesebene.....	77
§ 4 Regelgebundene Finanzpolitik der Kantone.....	91
<b>4. Kapitel: Finanzplanung und Haushaltführung.....</b>	<b>99</b>
§ 1 Grundlagen.....	101
§ 2 Instrumente der Haushaltführung des Bundes.....	110
§ 3 Finanzielle Führung auf Verwaltungsebene.....	136
§ 4 Mittelbewirtschaftung.....	149
§ 5 Finanzhaushalt der Kantone und Gemeinden.....	152
<b>5. Kapitel: Rechnungslegung.....</b>	<b>171</b>
§ 1 Einleitung.....	171
§ 2 Rechnungslegung des Bundes.....	180
§ 3 Die Rechnungslegung der Kantone (und Gemeinden).....	214
§ 4 Rechenschaftsablage und Information.....	226

<b>6. Kapitel: Subventionen</b> .....	239
§ 1 Grundlagen .....	240
§ 2 Subventionsverhältnis .....	266
§ 3 Subventionen in den Kantonen und Gemeinden .....	273
<b>7. Kapitel: Finanzausgleich</b> .....	283
§ 1 Grundlagen .....	284
§ 2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen .....	291
§ 3 Innerkantonaler Finanzausgleich .....	333
<b>8. Kapitel: Finanzaufsicht und Finanzkontrolle</b> .....	353
§ 1 Grundlagen .....	355
§ 2 Finanzaufsicht im Bund .....	370
§ 3 Finanzaufsicht in den Kantonen und Gemeinden .....	400
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	411



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Allgemeine Literatur.....	XXIII
Dokumente.....	XXVII
Rechtsquellen.....	XXXIX
Abkürzungen.....	LI
Abbildungen.....	LVII
<b>1. Kapitel: Einleitung.....</b>	<b>1</b>
I. Bedeutung der Thematik «Finanzrecht».....	1
II. Gegenstand des Buches.....	1
III. Gliederung des Buches.....	2
IV. Zielpublikum.....	5
<b>2. Kapitel: Finanzverfassung.....</b>	<b>7</b>
<b>§ 1 Grundlagen.....</b>	<b>9</b>
I. Finanzordnung.....	9
1. Bund.....	9
2. Kantone.....	10
II. Weiter Begriff der Finanzverfassung.....	11
III. Funktion der Finanzverfassung.....	12
<b>§ 2 Verfassungsgrundsätze.....</b>	<b>13</b>
I. Gesetzmässigkeitsprinzip.....	13
II. Wirksamkeit und Effizienz.....	16
III. Weitere Verfassungsgrundsätze.....	19
<b>§ 3 Föderale Aufgabenordnung.....</b>	<b>19</b>
I. Aufgabenteilung.....	19
1. Föderalistischer Staatsaufbau.....	19
a. Einleitung.....	19
b. Kompetenzzuteilung.....	20
2. Umsetzung der Kompetenzen.....	21
a. Substanzieller Föderalismus.....	21
b. Subsidiaritätsprinzip.....	21
3. Finanzierungsverantwortung der Kantone.....	23
a. Vorbemerkungen.....	23
b. Prinzip der fiskalischen Äquivalenz.....	23
c. Umsetzung von Bundesrecht.....	24
d. Finanzielle Verpflichtungen des Bundes gegenüber den Kantonen.....	25
II. Zusammenarbeit von Bund und Kantonen.....	26
1. Kooperativer Föderalismus.....	26
a. Grundsatz.....	26
b. Mitwirkung der Kantone an den Entscheidungen des Bundes.....	27

c.	Kantonale Mitwirkungsrechte im Einzelnen .....	27
2.	Vertikale Zusammenarbeit .....	27
a.	Bundestreue .....	27
b.	Programmvereinbarung bei Verbundaufgaben .....	28
c.	Koordination und subsidiäre Bundeskompetenz .....	28
d.	Interkantonale Zusammenarbeit.....	29
<b>§ 4</b>	<b>Finanzierung im föderalistischen Gefüge.....</b>	<b>30</b>
I.	Finanzhoheit von Bund und Kantonen .....	30
II.	Abgaben .....	30
III.	Steuern .....	33
1.	Einzelne Steuererhebungs Kompetenzen des Bundes .....	33
2.	Besonderheit: Lenkungsabgaben.....	36
3.	Steuererfindungsrecht .....	38
4.	Steuerharmonisierung .....	38
5.	Besteuerungsgrundsätze .....	39
6.	Doppelbesteuerungsverbot .....	40
7.	Zuweisung der Steuererträge.....	41
8.	Zweckbindung .....	42
IV.	Kausalabgaben .....	42
V.	Weitere Einnahmen .....	45
<b>§ 5</b>	<b>Haushaltsausgleich.....</b>	<b>45</b>
<b>§ 6</b>	<b>Finanz- und Lastenausgleich.....</b>	<b>45</b>
<b>§ 7</b>	<b>Gewaltenteilige Kompetenzordnung .....</b>	<b>46</b>
I.	Zusammenwirken der Organe .....	46
II.	Bundesversammlung .....	46
III.	Bundesrat .....	47
IV.	Finanzreferendum .....	47
1.	Kantone .....	47
a.	Funktion.....	47
b.	Voraussetzungen.....	49
2.	Bund.....	49
a.	Fehlen eines Finanzreferendums .....	49
b.	Ökonomische und demokratische Argumente .....	50
c.	Sachliche und politische Argumente.....	50
<b>§ 8</b>	<b>Finanzaufsicht .....</b>	<b>51</b>
I.	Finanzaufsicht der Regierung.....	51
II.	Parlamentarische Oberaufsicht .....	51
III.	Unabhängige Finanzaufsichtsorgane.....	52
<b>3. Kapitel: Finanzpolitische Gesamtsteuerung .....</b>	<b>53</b>	
<b>§ 1</b>	<b>Finanzpolitik.....</b>	<b>54</b>
I.	Bestandteil der Wirtschaftspolitik .....	54
II.	Gegenstand.....	56
III.	Allokations-, Distributions- und Stabilisierungsziele .....	59
IV.	Bezug zur Geldpolitik .....	60
V.	Entwicklung der Finanzpolitik .....	62
1.	Antizyklische (aktive) Stabilisierungspolitik .....	62

2.	Verlagerung zu einer passiven Stabilisierungspolitik.....	63
3.	Neuere Entwicklungen.....	64
<b>§ 2</b>	<b>Instrumente der Stabilisierungspolitik (fiskalpolitische Instrumente)</b> .....	<b>65</b>
I.	Überblick.....	65
II.	Expansive bzw. restriktive Fiskalpolitik.....	66
III.	Automatische Stabilisatoren.....	68
1.	Begriff.....	68
2.	Einnahmen und Arbeitslosenversicherung.....	68
3.	Schuldenbremse.....	69
IV.	Diskretionäre Massnahmen.....	69
1.	Funktion und Wirkung.....	69
2.	Massnahmenpaket des Bundes 2008/2009.....	70
3.	Erfahrungen in den Kantonen.....	73
V.	Einnahmenseitige Instrumente.....	74
1.	Steuererhebung.....	74
2.	Kausalabgaben.....	75
VI.	Ausgabenseitige Instrumente.....	76
1.	Übersicht.....	76
2.	Voraussetzungen beim Bund und bei den Kantonen.....	76
<b>§ 3</b>	<b>Schuldenbremse auf Bundesebene</b> .....	<b>77</b>
I.	Historischer Hintergrund und Entwicklung.....	77
II.	Mechanismus.....	79
III.	Ausgabenregel.....	80
1.	Höchstbetrag der Gesamtausgaben.....	80
2.	Konjunkturfaktor.....	81
a.	Definition.....	81
b.	Reales und Trend-BIP.....	81
c.	Bedeutung der Grösse von $k$ .....	82
d.	HP-Filter.....	82
3.	Konjunktureller und struktureller Saldo.....	83
4.	Entlastungsprogramme bei strukturellen Defiziten im Bundeshaushalt.....	84
IV.	Ausserordentlicher Zahlungsbedarf.....	85
V.	Ausgleichskonto und Sanktionsmechanismus.....	86
VI.	Ergänzungsregel zum ausserordentlichen Haushalt.....	86
1.	Frühere Ausnahme der ausserordentlichen Ausgaben.....	86
2.	Ergänzungsregel zur Schuldenbremse.....	87
3.	Besondere Regelungen der Kompensation.....	88
4.	Schuldenbremse für die AHV.....	89
5.	Weitere Bereiche ausserhalb der Schuldenbremse.....	90
<b>§ 4</b>	<b>Regelgebundene Finanzpolitik der Kantone</b> .....	<b>91</b>
I.	Allgemeines.....	91
II.	Kantonale Anforderungen.....	91
III.	Ausgestaltung im Einzelnen.....	92
1.	Haushaltsausgleich als Zielgrösse.....	92
2.	Steuerungsgrösse.....	94
3.	Verschuldungsobergrenze.....	94

4. Selbstfinanzierungsvorgaben .....	95
5. Steuererhöhungsbremse .....	96
6. Ausnahmen .....	96
7. Sanktionen.....	97
<b>4. Kapitel: Finanzplanung und Haushaltführung .....</b>	<b>99</b>
<b>§ 1 Grundlagen.....</b>	<b>101</b>
I. Gegenstand und Bedeutung der Finanzplanung und Haushaltführung.....	101
II. Strukturbildende Prinzipien.....	102
1. Übersicht.....	102
2. Einzelne Prinzipien .....	103
a. Verbindung von politischer Steuerung und operativer Führung des Haushalts .....	103
b. Verknüpfung von Haushaltsteuerung sowie -planung und von Rechnungslegung über einzelne Teile der Staatsrechnung .....	103
c. Haushaltsausgleich sowie wirtschaftlicher und wirkungsvoller Mittleinsatz .....	104
d. Weitere Prinzipien .....	105
III. Grundsätze der Haushaltführung.....	105
1. Übersicht.....	105
2. Grundsatz der Gesetzmässigkeit .....	105
3. Weitere Grundsätze .....	106
IV. Neue Führungsmodelle .....	108
<b>§ 2 Instrumente der Haushaltführung des Bundes .....</b>	<b>110</b>
I. Arten von Instrumenten und deren Funktion.....	110
II. Langfristige Planung .....	111
III. Mittelfristige (mehrjährige) Planung.....	112
1. Allgemeines .....	112
2. Legislaturplanung.....	113
a. Legislaturplan .....	113
b. Legislaturfinanzplan .....	114
3. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP).....	116
a. Grundlagen .....	116
b. Gegenstand .....	116
c. Koordination mit den Kantonen.....	117
d. Koordination mit der Rechtsetzung .....	117
4. Zahlungsrahmen.....	117
5. Verpflichtungskredite.....	119
a. Eigenheiten .....	119
b. Anwendungsbereiche und Verfahren.....	120
c. Arten von Verpflichtungskrediten.....	121
d. Verpflichtungskreditverzeichnis .....	122
IV. Jahresplanung.....	123
1. Übersicht.....	123
2. Grundsätze der Budgetierung .....	124
3. Ablauf der Budgetierung und Finanzplanung .....	125
4. Voranschlag .....	126
a. Inhalt und Gliederung .....	126

b.	Globalbudgets .....	127
c.	Verbindung mit dem IAFP .....	128
d.	Verbindung mit den Leistungsvereinbarungen .....	128
e.	Einzelne Kreditarten .....	130
f.	Kreditabtretung und Kreditverschiebung .....	130
5.	Nachträge .....	130
a.	Bedeutung .....	130
b.	Ordentlicher und dringlicher Nachtrag .....	131
6.	Kreditüberschreitung und Kreditübertragung .....	131
a.	Kreditüberschreitung .....	131
b.	Kreditübertragung .....	132
V.	Kurzfristig einsetzbare Instrumente der Ausgabenbeschränkung .....	132
1.	Gegenstand und Zielsetzung .....	132
2.	Ausgabenbremse .....	132
3.	Kreditsperre .....	134
<b>§ 3</b>	<b>Finanzielle Führung auf Verwaltungsebene .....</b>	<b>136</b>
I.	Einleitung .....	136
II.	Buchführung und Inventarisierung .....	136
1.	Grundsätze der Buchführung .....	136
2.	Zeitpunkt der Verbuchung .....	137
3.	Zuständigkeiten bei der Buchführung .....	138
4.	Inventarisierung .....	138
III.	Kostentransparenz .....	138
1.	Kosten- und Leistungsrechnung .....	138
2.	Interne Verrechnung .....	140
IV.	Internes Kontrollsystem .....	140
1.	Gegenstand .....	140
2.	Instrumente .....	141
V.	Controlling .....	142
1.	Allgemeine Begriffsbestimmung .....	142
2.	Beteiligungscontrolling .....	142
3.	Staatsbeitragscontrolling .....	144
VI.	Gewerbliche Leistungen .....	145
VII.	Zusammenarbeit mit Privaten .....	146
<b>§ 4</b>	<b>Mittelbewirtschaftung .....</b>	<b>149</b>
I.	Zuständigkeit und Aufgaben .....	149
II.	Zahlungsverkehr .....	149
III.	Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft .....	150
1.	Allgemeines .....	150
2.	Tresorieremittel .....	150
3.	Geldaufnahme .....	150
4.	Anlage verfügbarer Gelder .....	151
5.	Sparkasse Bundespersonal .....	151
<b>§ 5</b>	<b>Finanzhaushalt der Kantone und Gemeinden .....</b>	<b>152</b>
I.	Instrumente der Haushaltsführung der Kantone und Gemeinden .....	152
1.	Allgemeines .....	152
2.	Langfristige Planung .....	153

3.	Mittelfristige (mehrjährige) Planung .....	154
a.	(Integrierte) Aufgaben- und Finanzplanung.....	154
b.	Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen .....	156
4.	Jahresplanung in den Kantonen.....	156
5.	Kurzfristig einsetzbare Ausgabenbeschränkung: Ausgabenbremse .....	158
6.	Ausgabenbewilligung und Finanzreferendum.....	159
a.	Einleitung.....	159
b.	Voraussetzungen.....	160
aa.	Abgrenzung zu Anlagen .....	160
bb.	Neue oder gebundene Ausgaben .....	161
cc.	Delegation von Ausgabenkompetenzen.....	162
dd.	Ausgabenhöhe .....	163
II.	Controlling .....	164
1.	Allgemeines .....	164
2.	Beteiligungscontrolling .....	165
3.	Staatsbeitragscontrolling.....	167
III.	Internes Kontrollsystem .....	168
IV.	Mittelbewirtschaftung der Kantone.....	168
1.	Zuständigkeit und Aufgaben .....	168
2.	Zahlungsverkehr.....	169
3.	Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft.....	169
<b>5. Kapitel: Rechnungslegung</b> .....		<b>171</b>
<b>§ 1 Einleitung</b> .....		<b>171</b>
I.	Bedeutung und Funktion des Rechnungswesens .....	171
II.	Rechnungslegung im öffentlichen Haushalt.....	173
III.	Entwicklungen.....	174
1.	Kaufmännische Buchführung und Rechnungslegung.....	174
2.	Entwicklungsschritte der Rechnungslegung für öffentliche Haushalte ...	176
a.	Traditionelle Rechnungsführung und Rechnungslegung .....	176
b.	International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) .....	177
c.	Neues Rechnungsmodell des Bundes (NRM).....	178
d.	Harmonisierte Rechnungslegungsmodelle für die Kantone und Gemeinden.....	179
e.	Schweizerisches Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor.....	179
<b>§ 2 Rechnungslegung des Bundes</b> .....		<b>180</b>
I.	Rechtsgrundlagen.....	180
1.	Bundesverfassung .....	180
2.	Gesetzes- und Verordnungsrecht zur Rechnungslegung .....	180
a.	Finanzhaushaltgesetz und Finanzhaushaltverordnung .....	180
b.	Spezialgesetzliche Regelungen .....	181
3.	Standards für die Rechnungslegung.....	181
4.	Weisungen Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV).....	182
II.	Grundsätze der Rechnungslegung .....	182
1.	Uneinheitlichkeit in Gegenstand und Systematik.....	182
2.	Darstellung der Vermögens-, der Finanz- und der Ertragslage nach den tatsächlichen Verhältnissen .....	183

3.	Prinzip der zeitlichen Abgrenzung (Periodenabgrenzung).....	184
4.	Vorsichtsprinzip.....	185
5.	Fortführungsprinzip.....	185
6.	Verknüpfung von Steuerung und Rechnungslegung.....	186
7.	Grundsätze der Wesentlichkeit, Verständlichkeit, Stetigkeit und Bruttodarstellung.....	187
III.	Aufbau der Staatsrechnung des Bundes.....	188
1.	Übersicht.....	188
2.	Jahresrechnung.....	188
3.	Teilrechnungen und Kontenrahmen.....	189
a.	Finanzierungsrechnung.....	189
b.	Erfolgsrechnung.....	191
aa.	Gegenstand und Bedeutung.....	191
bb.	Aufbau.....	192
c.	Investitionsrechnung.....	194
d.	Geldflussrechnung.....	195
e.	Bilanz.....	197
f.	Eigenkapitalnachweis.....	198
g.	Anhang.....	199
h.	Rechnungen der Institutionen und Verwaltungseinheiten.....	200
i.	Besondere Finanzierungsarten.....	200
j.	Sonderrechnungen.....	202
k.	Kontenrahmen.....	202
IV.	Bilanzierung und Bewertung.....	205
1.	Einleitung.....	205
2.	Bilanzierungsgrundsätze.....	206
a.	Aktivierungen.....	206
b.	Passivierungen.....	206
c.	Veränderungen in den Beständen der Bilanz und in anderen Teilrechnungen.....	207
3.	Bewertungsgrundsätze.....	208
4.	Instrumente der Feinabstimmung.....	209
V.	Konsolidierte Rechnung.....	211
<b>§ 3</b>	<b>Die Rechnungslegung der Kantone (und Gemeinden).....</b>	<b>214</b>
I.	Rechnungsmodelle der Kantone.....	214
1.	Erstes Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM1).....	214
2.	Zweites Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM2).....	215
3.	Rechnungslegung nach IPSAS und HRM2.....	216
4.	Unterschiede zwischen IPSAS und den Fachempfehlungen HRM2.....	218
a.	Allgemeines.....	218
b.	Aufbau der Rechnung.....	218
c.	Rechnungslegungsgrundsätze.....	220
d.	Bewertung.....	220
e.	Abschreibungen.....	221
f.	Steuererträge.....	222
g.	Konsolidierte Betrachtungsweise.....	223
II.	Teilrechnungen.....	225

<b>§ 4</b>	<b>Rechenschaftsablage und Information</b>	226
I.	Bedeutung und Funktionen	226
II.	Finanzberichterstattung	229
III.	Kennzahlen	230
1.	Allgemeines	230
2.	Bund	231
a.	Allgemeines	231
b.	Ausgabenquote	232
c.	Steuerquote	232
d.	Schuldenquote	233
e.	Fremdkapitalquote	234
f.	Defizit-/Überschussquote	235
3.	Kantone	236
<b>6. Kapitel:</b>	<b>Subventionen</b>	239
<b>§ 1</b>	<b>Grundlagen</b>	240
I.	Bedeutung und Funktion	240
1.	Grosse Bedeutung im Bundeshaushalt	240
2.	Funktionen und Folgen	242
a.	Behebung von Marktversagen	242
b.	Ausgleich von externen Effekten	243
c.	Gewährleistungsstaat	244
d.	Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen	244
e.	Umverteilung	244
II.	Subventionsbegriff	245
1.	Allgemeines	245
2.	Abgrenzungen zu anderen staatlichen Massnahmen	247
III.	Subventionsarten	247
1.	Vorbemerkung	247
2.	Arten	248
a.	Finanzhilfen und Abgeltungen	248
b.	Anspruchs- und Ermessenssubventionen	249
c.	Ausgaben- und einnahmeseitige Subventionen	250
d.	Koppelungssubventionen	251
e.	Förderungs- und Erhaltungssubventionen	251
f.	Beiträge an internationale Organisationen	251
3.	Förderungsformen	252
IV.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	252
1.	Kompetenzen	252
2.	Legalitätsprinzip	253
a.	Allgemeines	253
b.	Normstufe	254
c.	Normdichte	255
3.	Wirtschaftsfreiheit	255
4.	Weitere Verfassungsgrundlagen	257
V.	Hinweise auf das internationale Recht	258
1.	WTO	258
2.	EU	259



VI.	Gesetzesgrundlagen des Bundes.....	259
1.	Allgemeine Subventionsgesetzgebung.....	259
2.	Besondere Subventionsgesetzgebung.....	261
VII.	Subventionen und Haushaltrecht.....	262
1.	Kreditbewilligung.....	262
2.	Prioritätenordnung.....	262
3.	Darstellung in der Rechnung.....	263
VIII.	Subventionsüberprüfung.....	264
1.	Allgemeines.....	264
2.	Subventionsdatenbank.....	265
3.	Verhältnis zur Aufgabenüberprüfung.....	265
<b>§ 2</b>	<b>Subventionsverhältnis.....</b>	<b>266</b>
I.	Begründung.....	266
II.	Handlungsformen.....	266
1.	Verfügung.....	266
2.	Verwaltungsrechtlicher Vertrag.....	267
3.	Programmvereinbarungen.....	267
4.	Formlose Ausrichtung.....	268
III.	Abwicklung.....	268
IV.	Störungen in der Abwicklung.....	269
V.	Widerruf und Rücktritt.....	269
VI.	Verjährung.....	270
VII.	Rechtsschutz.....	271
1.	Allgemeines.....	271
2.	Bundesverwaltungsgericht.....	271
a.	Eröffnung des Anfechtungsverfahrens.....	271
b.	Beschwerden gegen Verfügungen.....	272
c.	Klagen aus Vertrag.....	272
3.	Beschwerde beim Bundesgericht.....	272
<b>§ 3</b>	<b>Subventionen in den Kantonen und Gemeinden.....</b>	<b>273</b>
I.	Bedeutung.....	273
II.	Begriff und Arten.....	274
III.	Rechtliche Grundlagen.....	275
IV.	Subventionsverhältnis.....	277
V.	Rechtsschutz.....	278
VI.	Subventionen und Haushaltrecht.....	279
VII.	Subventionsüberprüfung.....	280
<b>7. Kapitel: Finanzausgleich.....</b>		<b>283</b>
<b>§ 1</b>	<b>Grundlagen.....</b>	<b>284</b>
I.	Begriff des Finanzausgleichs.....	284
1.	Umfassendes Verständnis.....	284
2.	Trenn- und Verbundsystem.....	285
II.	Arten des Finanzausgleichs.....	286
1.	Finanzausgleich im engeren und im weiteren Sinn.....	286
2.	Einnahmen- und ausgabenseitiger Finanzausgleich.....	287
3.	Vertikaler und horizontaler Finanzausgleich.....	288

4.	Direkter und indirekter Finanzausgleich .....	288
5.	Bundesfinanzausgleich und innerkantonaler Finanzausgleich .....	289
III.	Begründung und Spannungsfelder des Finanzausgleichs .....	289
<b>§ 2</b>	<b>Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen</b> .....	<b>291</b>
I.	Der alte Finanzausgleich .....	291
1.	Finanzkraft als Steuerungsgrösse .....	291
2.	Mängel des alten Systems .....	292
II.	Der neue Finanzausgleich .....	292
1.	Entstehung der NFA .....	292
2.	Zielsetzung der NFA .....	293
3.	Grundsätze der NFA .....	294
a.	Übersicht .....	294
b.	Subsidiarität .....	295
c.	Fiskalische Äquivalenz .....	295
d.	Finanzautonomie .....	297
e.	Finanzsolidarität .....	298
f.	Gleichbehandlung der Kantone .....	298
4.	Instrumente der NFA im Überblick .....	299
III.	Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit .....	299
1.	Aufgabenentflechtung und ihre Grenzen .....	299
2.	Programmvereinbarung bei Verbundaufgaben .....	301
a.	Ziele und Grundsätze der Programmvereinbarung .....	301
b.	Besonderheiten der Programmvereinbarung .....	302
aa.	Einzelne Elemente .....	302
bb.	Rechtsnatur .....	303
cc.	Rechtsgleiche Behandlung der Kantone .....	304
dd.	Muster-Programmvereinbarung .....	304
c.	Haushaltrechtliche Fragen .....	306
3.	Interkantonale Zusammenarbeit .....	307
a.	Gegenstand und Ziele .....	307
b.	Kompetenzen interkantonaler Organe .....	308
c.	Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich .....	309
d.	Allgemeinverbindlicherklärung und Beteiligungspflicht .....	310
4.	Harmonisierung und subsidiäre Bundeskompetenz .....	311
IV.	Finanzausgleichssystem .....	312
1.	Ziele und Instrumente .....	312
2.	Ressourcenausgleich .....	313
a.	Bedeutung und Grundlagen .....	313
b.	Berechnung des Ressourcenpotenzials und des Ressourcenindex .....	314
aa.	Ressourcenpotenzial .....	314
bb.	Ressourcenindex .....	316
c.	Festlegung und Zuteilung der Mittel .....	316
aa.	Dotierung .....	316
bb.	Umverteilung .....	317
cc.	Wirkungen .....	319
3.	Lastenausgleich .....	320
a.	Bedeutung und Grundlagen .....	320
b.	Geografisch-topografischer Lastenausgleich (GLA) .....	321

c.	Soziodemografischer Lastenausgleich (SLA)	321
d.	Dotierung	322
e.	Ausgleich	323
4.	Härteausgleich	324
a.	Bedeutung und Ziele	324
b.	Dotierung	325
V.	Weiterentwicklung	325
1.	Qualitätssicherung	325
2.	Jährliche Aktualisierung der Finanzausgleichsdaten	326
3.	Fehlerkorrektur	327
4.	Wirksamkeitsbeurteilung	327
a.	Grundlagen und Ziele	327
b.	Wirksamkeitsbericht 2014 sowie Monitoringberichte 2014 und 2015	328
c.	Konferenz der NFA-Geberkantone	330
d.	Konferenz der Kantonsregierungen	331
VI.	Rechtsschutz	331
1.	Beschlüsse betreffend Dotierung des Ressourcen- und Lastenausgleichs	331
2.	Beschlüsse betreffend Allgemeinverbindlicherklärung und Beitrittspflicht zu interkantonalen Vereinbarungen	332
3.	Streitigkeiten im Zusammenhang mit der interkantonalen Zusammenarbeit	332
4.	Rechtsschutz bei Programmvereinbarungen	333
<b>§ 3</b>	<b>Innerkantonaler Finanzausgleich</b>	<b>333</b>
I.	Begriff und Arten	333
II.	Begründung des innerkantonalen Finanzausgleichs	334
III.	Rechtliche Grundlagen	336
1.	Bundesverfassungsrechtliche Vorgaben und kantonale Autonomie	336
2.	Kantonale Rechtsgrundlagen	337
IV.	Kantonale Ausgleichssysteme	338
1.	Unterschiede in der Ausgestaltung	338
2.	Auswirkungen der NFA auf die innerkantonalen Finanzausgleichssysteme	339
3.	Föderale Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung zwischen Kantonen und Gemeinden	340
a.	Gemeinsame Finanzierung	340
b.	Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und Fusionen	341
4.	Finanzausgleichssysteme	343
a.	Vorbemerkung	343
b.	Ressourcenausgleich	344
c.	Lastenausgleich	346
d.	Härteausgleich	347
5.	Wirksamkeitsbeurteilung	348
6.	Rechtsschutz	348
a.	Allgemeines	348
b.	Innerkantonaler Rechtsschutz	349
c.	Beschwerde beim Bundesgericht	350

<b>8. Kapitel: Finanzaufsicht und Finanzkontrolle</b> .....	353
<b>§ 1 Grundlagen</b> .....	355
I. Bedeutung der Finanzaufsicht und Finanzkontrolle.....	355
II. Entwicklung.....	356
III. Rechtliche Grundlagen.....	357
IV. Begriffe und Abgrenzungen.....	358
1. Vorbemerkung.....	358
2. Finanzaufsicht und Finanzkontrolle.....	359
3. Controlling, Kontrolle und Evaluation.....	359
4. Aufsicht und Oberaufsicht.....	360
5. Interne und externe Aufsicht.....	361
6. Finanzpolitische und finanztechnische Prüfung.....	362
V. Träger der Finanzaufsicht und Finanzkontrolle.....	364
1. Übersicht.....	364
2. Grundtypen von Finanzkontrollbehörden.....	364
VI. Prüfkriterien der Aufsicht.....	366
1. Allgemeines.....	366
2. Entwicklung.....	366
3. Die einzelnen Kriterien.....	367
a. Ordnungs- und Rechtmässigkeit.....	367
b. Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit.....	367
VII. Besonderheiten bei der ausgelagerten Aufgabenerfüllung.....	368
<b>§ 2 Finanzaufsicht im Bund</b> .....	370
I. Finanzaufsicht des Bundesrates.....	370
1. Gegenstand.....	370
2. Kriterien.....	371
3. Organisation.....	371
II. Oberaufsicht der Bundesversammlung.....	372
1. Gegenstand.....	372
2. Aufsichtsinstrumente.....	373
3. Prüfkriterien.....	374
4. Organisation der Oberaufsicht.....	374
a. Allgemeines.....	374
b. Finanzkommissionen.....	375
c. Finanzdelegation.....	376
aa. Organisation.....	376
bb. Kompetenzen.....	376
d. Geschäftsprüfungskommissionen und Parlamentarische Verwaltungskontrolle.....	378
III. Eidgenössische Finanzkontrolle.....	378
1. Funktion.....	378
2. Zuständigkeitsbereiche.....	379
a. Übersicht.....	379
b. Träger öffentlicher Aufgaben und Bundesunternehmen.....	379
c. Aufsichtsbehörden und Gerichte.....	381
d. Ausnahmen gemäss FKG.....	381
e. Spezialgesetzliche Regelungen.....	382

3.	Einzelne Kontrollaufgaben.....	383
a.	Aufgabenbereiche.....	383
b.	Finanzhaushalt.....	383
c.	Staatsrechnung.....	384
d.	Kontrollsysteme.....	385
e.	Überprüfung von Zahlungsanweisungen.....	385
f.	Revision der zentralen und dezentralen Verwaltungseinheiten.....	386
g.	Monopolpreise.....	386
h.	Sicherheit der Informatiksysteme.....	387
i.	Internationale Organisationen.....	387
j.	Berechnung der Ausgleichszahlungen.....	388
k.	Berechnung des Mehrwertsteuersatzes.....	389
l.	Tresorerie.....	389
4.	Abläufe.....	389
5.	Berichterstattung und Verfahren bei Beanstandungen.....	390
6.	Kriterien und Standards.....	392
a.	Prüfkriterien.....	392
b.	Standards.....	393
7.	Zusammenarbeit mit der Bundesversammlung.....	394
a.	Finanzdelegation.....	394
b.	Sekretariat.....	394
c.	Koordination.....	395
8.	Verhältnis zur internen Revision.....	395
9.	Beziehungen zu den Kantonen.....	395
a.	Bundesaufsicht über die Kantone.....	395
b.	Zusammenarbeit mit den Kantonen.....	397
10.	Organisation.....	398
<b>§ 3</b>	<b>Finanzaufsicht in den Kantonen und Gemeinden.....</b>	<b>400</b>
I.	Allgemeines.....	400
II.	Aufsicht durch die Regierung.....	401
III.	Parlamentarische Oberaufsicht.....	401
IV.	Finanzkontrolle.....	402
1.	Rechtsgrundlagen.....	402
2.	Organisation.....	403
3.	Aufgaben.....	404
V.	Gemeinden.....	405
1.	Aufsicht über die Gemeinden.....	405
2.	Aufsicht in den Gemeinden.....	407
a.	Kantonale Vorgaben.....	407
b.	Umsetzung in den Gemeinden.....	407
	<b>Stichwortverzeichnis.....</b>	<b>411</b>



## Allgemeine Literatur

Das Verzeichnis enthält Grundlagenliteratur zum Finanzrecht sowie Literatur, welche in mehreren Kapiteln des Buches verwendet wird.

- AUER ANDREAS, Staatsrecht der schweizerischen Kantone, Bern 2016
- AUER ANDREAS/MALINVERNI GIORGIO/HOTTELIER MICHEL, Droit constitutionnel suisse, Volume I, L'Etat, 3. Aufl., Bern 2013
- AUER ANDREAS/MALINVERNI GIORGIO/HOTTELIER MICHEL, Droit constitutionnel suisse, Volume II, Les droits fondamentaux, 3. Aufl., Bern 2013
- BERGMANN ANDREAS/GIAUQUE DAVID/KETTIGER DANIEL/LIENHARD ANDREAS/NAGEL ERIK/RITZ ADRIAN/STEINER RETO, Praxishandbuch Public Management, Zürich 2016 (zit. Verfasser, in: Praxishandbuch Public Management)
- BIAGGINI GIOVANNI, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Kommentar, Zürich/St. Gallen 2011 (zit. Komm. BV)
- BIAGGINI GIOVANNI/GÄCHTER THOMAS/KIENER REGINA (Hrsg.), Staatsrecht, Zürich/St. Gallen 2011 (zit. Verfasser, in: Staatsrecht)
- BIAGGINI GIOVANNI/HÄNER ISABELLE/SAXER URS/SCHOTT MARKUS (Hrsg.), Fachhandbuch Verwaltungsrecht, Zürich 2015 (zit. Verfasser, in: Fachhandbuch Verwaltungsrecht)
- BIAGGINI GIOVANNI/LIENHARD ANDREAS/SCHOTT MARKUS/UHLMANN FELIX, Wirtschaftsverwaltungsrecht des Bundes, 6. Aufl., Basel 2016
- BLUMENSTEIN ERNST/LOCHER PETER, System des schweizerischen Steuerrechts, 7. Aufl., Zürich 2016
- BÖCKLI PETER, Neue OR-Rechnungslegung, Zürich 2014
- BOLZ URS/BLASER BEAT, Entwicklungen im Finanzhaushaltsrecht der Kantone, in: LeGes 2014, S. 175 ff.
- BRÜHLMEIER DANIEL/HALDEMANN THEO/MASTRONARDI PHILIPPE/SCHEDLER KUNO, Politische Planung, Mittelfristige Steuerung in der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, Bern/Stuttgart/Wien 2001
- BRUNETTI AYO, Volkswirtschaftslehre, Eine Einführung für die Schweiz, 3. Aufl., Bern 2013 (zit. Volkswirtschaftslehre)
- DUBÉY JACQUES/ZUFFEREY JEAN-BAPTISTE, Droit administratif général, Basel 2014
- EHRENZELLER BERNHARD/SCHINDLER BENJAMIN/SCHWEIZER RAINER J./VALLENDER KLAUS A. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014 (zit. Verfasser, SGK)
- GRAF MARTIN/THELER CORNELIA/VON WYSS MORITZ (Hrsg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis der Schweizerischen Bundesversammlung, Kommentar zum Parlamentsgesetz (ParlG) vom 13. Dezember 2002, Basel 2014 (zit. Verfasser, Kommentar ParlG)

- GRIFFEL ALAIN, Allgemeines Verwaltungsrecht im Spiegel der Rechtsprechung, Zürich 2017
- HÄFELIN ULRICH/HALLER WALTER/KELLER HELEN/THURNHERR DANIELA, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 9. Aufl., Zürich 2016
- HÄFELIN ULRICH/MÜLLER GEORG/UHLMANN FELIX, Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl., Zürich/St. Gallen 2016
- HÄNER ISABELLE/LIENHARD ANDREAS/TSCHANNEN PIERRE/UHLMANN FELIX/VOGEL STEFAN, Ausgewählte Gebiete des Bundesverwaltungsrechts, 8. Aufl., Bern/Zürich 2014
- KÄLIN WALTER/BOLZ URS (Hrsg.), Handbuch des bernischen Verfassungsrechts, Bern 1995 (zit. Autor, in: Kälin/Bolz)
- LIENHARD ANDREAS (Hrsg.), Finanzrecht, Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht (SBVR) Band X, Basel 2011 (zit. Verfasser, in: SBVR)
- LIENHARD ANDREAS, Staats- und verwaltungsrechtliche Grundlagen für das New Public Management in der Schweiz, Analysen, Anforderungen, Impulse, Bern 2005 (zit. Grundlagen)
- LIENHARD ANDREAS, Deregulierung staatlicher Marktregulierungen im schweizerischen Bundesverwaltungsrecht, in: Thomas Cottier/Matthias Oesch (Hrsg.), Allgemeines Aussenwirtschafts- und Binnenmarktrecht, Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht (SBVR) Band XI, 2. Aufl., Basel 2007, S. 335 ff. (zit. Deregulierung)
- LIENHARD ANDREAS, Entwicklungen im Staats- und Verwaltungsrecht, Beobachtung aus verwaltungswissenschaftlicher Perspektive, in: Peter V. Kunz/Jonas Weber/Andreas Lienhard/Iole Fargnoli /Jolanta Kren Kostkiewicz, Berner Gedanken zum Recht, Festgabe der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern für den Schweizerischen Juristentag 2014, Bern 2014, S. 349 ff. (zit. Entwicklungen)
- LIENHARD ANDREAS/ENGEL GERHARD/SCHMUTZ ANDREAS, Finanzverwaltungsrecht, in: Markus Müller/Reto Feller (Hrsg.), Bernisches Verwaltungsrecht, 2. Aufl., Bern 2013, S. 873 ff.
- LIENHARD ANDREAS/KETTIGER DANIEL, Gesetzgeberischer Handlungsbedarf der Kantone im Umweltrecht als Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), Untersuchung in den Bereichen Umwelt, Wald, Natur- und Landschaftsschutz sowie Hochwasserschutz, Studie im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU), KPM-Schriftenreihe Nr. 10, Bern 2006 (zit. NFA)
- MÄCHLER AUGUST, Finanzrecht – Recht der öffentlichen Finanzen, Skript zur Vorlesung, Zürich 2017 (zit. Skript)
- MÄCHLER AUGUST, Subventionsrecht, in: Fachhandbuch Verwaltungsrecht, S. 859 ff. (zit. Subventionen)
- MÄCHLER AUGUST, Vertrag und Verwaltungsrechtspflege, Ausgewählte Fragen zum vertraglichen Handeln der Verwaltung und zum Einsatz des Vertrages in der Verwaltungsrechtspflege, Zürich 2005 (zit. Vertrag)
- MOOR PIERRE/FLÜCKIGER ALEXANDRE/MARTENET VINCENT, Droit administratif, Volume 1, Les fondements, 3. Aufl., Bern 2012



- NIGGLI MARCEL A./UEBERSAX PETER/WIPRÄCHTIGER HANS (Hrsg.), Basler Kommentar zum Bundesgerichtsgesetz, 2. Aufl., Basel 2011 (zit. Verfasser, in Basler Kommentar zum BGG)
- NUSPLIGER KURT/MÄDER JANA, Bernisches Staatsrecht und Grundzüge des Verfassungsrechts der Kantone, 4. Aufl., Bern 2012
- RHINOW RENÉ/SCHEFER MARKUS, Schweizerisches Verfassungsrecht, 3. Aufl., Basel 2016
- RHINOW RENÉ/SCHMID GERHARD/BIAGGINI GIOVANNI/UHLMANN FELIX, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 2. Aufl., Basel 2011
- SÄGESSER THOMAS, Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG), Stämpfli Handkommentar, Bern 2007 (zit. Kommentar RVOG)
- TANQUEREL THIERRY, Manuel de droit administratif, Zürich 2011
- THÜRER DANIEL/AUBERT JEAN-FRANÇOIS/MÜLLER JÖRG PAUL (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz/Droit constitutionnel suisse, Zürich 2001
- TSCHANNEN PIERRE, Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 4. Aufl., Bern 2016
- TSCHANNEN PIERRE/ZIMMERLI ULRICH/MÜLLER MARKUS, Allgemeines Verwaltungsrecht, 4. Aufl., Bern 2014
- TSCHENTSCHER AXEL/LIENHARD ANDREAS, Öffentliches Recht – Ein Grundriss, Zürich/St. Gallen 2011
- WALDMANN BERNHARD/BELSER EVA MARIA/EPINEY ASTRID (Hrsg.), Bundesverfassung, Basler Kommentar, Basel 2015 (zit. Verfasser, BSK)
- WIEDERKEHR RENÉ/RICHLI PAUL, Praxis des allgemeinen Verwaltungsrechts, Eine systematische Analyse der Rechtsprechung, Band I, Bern 2012
- WIEDERKEHR RENÉ/RICHLI PAUL, Praxis des allgemeinen Verwaltungsrechts, Eine systematische Analyse der Rechtsprechung, Band II, Bern 2014



## Dokumente

Das Verzeichnis enthält mehrfach oder/und abgekürzt zitierte Dokumente von Bund und Kantonen.

### Eidgenössische Dokumente

#### Bundesamt für Justiz (BJ)

Gutachten, Grundbeiträge nach dem Universitätsförderungsgesetz (UFG, SR 414.20), Synchronisierung von Subventions- und Auszahlungsjahr, in: VPB 2014/2, S. 113 ff. (zit. BJ, Gutachten UFG)

Gutachten zur Verfassungsmässigkeit einer Postbank, in: VPB 2009/9, S. 129 ff. (zit. BJ, Gutachten Postbank)

Kontrollen und Aufsicht des Bundesrates über die «halbstaatlichen» Unternehmungen, in: VPB 54.36 vom 10. November 1989 (zit. BJ, halbstaatliche Unternehmen)

#### Bundesamt für Umwelt (BAFU)

Antrag auf Abschluss von Ergänzungen der Programmvereinbarung zwischen dem Bundesamt für Umwelt BAFU und dem Kanton Uri, BBI 2015 7704 (zit. Programmvereinbarung BAFU Uri)

Handbuch NFA im Umweltbereich, Mitteilung des BAFU als Vollzugsbehörde an Geschäftsstellen, Bern 2008 (zit. BAFU, Handbuch NFA Umweltbereich)

Handbuch Programmvereinbarungen im Umweltbereich 2016–2019, Bern 2015 (zit. BAFU, Handbuch Programmvereinbarungen)

#### Bundesrat

Bericht vom 29. November 2013 in Erfüllung der Postulate Graber Jean-Pierre (10.4022), Landolt (11.3547) und Fischer (12.3552), Die Schuldenbremse des Bundes, Erfahrungen und Perspektiven, Bern 2013 (zit. Bundesrat, Bericht Schuldenbremse)

Bericht vom Juni 2009 in Erfüllung des Postulates 04.3445 der Freisinnig-demokratischen Fraktion, Kostentransparenz für staatliche Leistungen, Bern 2009 (zit. Bundesrat, Bericht Kostentransparenz für staatliche Leistungen)

Bericht vom 12. September 2014 in Erfüllung des Postulats Stadler Markus (12.3412), Einhaltung der Grundsätze der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), Bern 2014 (zit. Bundesrat, Bericht Grundsätze NFA)

Bericht vom 27. März 2002 «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002», BBI 2002 3946 ff. (zit. Bundesrat, Strategie Nachhaltige Entwicklung)

Bericht vom 25. Juni 1997 über die Aufsicht bei ausgelagerten Verwaltungsbereichen und rechtlich verselbständigten Betrieben (zit. Bundesrat, Bericht Aufsicht ausgelagerte Verwaltungsbereiche)

- Bericht vom 15. Juni 2007 zu den Auswirkungen verschiedener europapolitischer Instrumente auf den Föderalismus in der Schweiz, BBl 2007 5907 ff. (zit. Bundesrat, Bericht europapolitische Instrumente)
- Bericht vom 13. September 2006 zur Auslagerung und Steuerung von Bundesaufgaben (Corporate-Governance-Bericht), BBl 2006 8233 ff. (zit. Bundesrat, Corporate-Governance-Bericht)
- Botschaft vom 22. Juni 1998 betreffend die Revision des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Finanzkontrolle (FKG), BBl 1998 4703 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Revision FKG 1998)
- Botschaft vom 19. September 2008 über die Ergänzungsregel zur Schuldenbremse, BBl 2008 8491 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Ergänzungsregel)
- Botschaft vom 23. Februar 2000 über die Finanzierung der Reorganisation der Informatik und Telekommunikation in der Bundesverwaltung (NOVE-IT), BBl 2000 1641 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft NOVE-IT)
- Botschaft vom 14. Juni 2005 über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II), BBl 2005 4733 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Unternehmenssteuerreformgesetz II)
- Botschaft vom 20. November 2013 über die Weiterentwicklung der ziel- und ergebnisorientierten Verwaltungsführung – Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB), BBl 2014 767 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft NFB)
- Botschaft vom 14. Februar 1990 über eine Finanzhilfe des Bundes an die betriebliche und touristische Infrastruktur des Freilichtmuseums Ballenberg, BBl 1990 I 1150 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Freilichtmuseum Ballenberg)
- Botschaft vom 20. November 1996 über eine neue Bundesverfassung, BBl 1997 I 1 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft VE 96)
- Botschaft vom 15. Dezember 1986 zu einem Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen, BBl 1987 I 369 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft SuG)
- Botschaft vom 5. November 2008 zu einem Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems, BBl 2008 8943 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Massnahmenpaket)
- Botschaft vom 26. August 1970 zu einem neuen Gewässerschutzgesetz und Bericht zum Volksbegehren für den Gewässerschutz, BBl 1970 II 425 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Gewässerschutzgesetz)
- Botschaft vom 20. August 2014 zu einem Rahmenkredit für Eventualverpflichtungen in der Wohnraumförderung für die Jahre 2015–2021, BBl 2014 6441 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft zu einem Rahmenkredit für Eventualverpflichtungen in der Wohnraumförderung für die Jahre 2015–2021)
- Botschaft vom 19. Dezember 2012 zum Bundesgesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAPG 2014), BBl 2013 823 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft KAPG 2014)
- Botschaft vom 25. Mai 2016 zum Bundesgesetz über das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 sowie zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der

## XXVIII

- Eidgenössischen Stiftungsaufsicht, BBl 2016 4691 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Stabilisierungsprogramm)
- Botschaft vom 1. Februar 2006 zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz; FINMAG), BBl 2006 2829 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft FINMAG)
- Botschaft vom 12. Mai 2004 zum Bundesgesetz über die Übertragung der Führung der Militärversicherung an die SUVA, BBl 2004 2851 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Militärversicherung)
- Botschaft vom 25. November 1966 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Eidgenössische Finanzkontrolle, BBl 1966 II 708 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Entwurf FKG 1966)
- Botschaft vom 5. Juni 2015 zum Unternehmenssteuerreformgesetz III, BBl 2015 5069 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Unternehmenssteuerreformgesetz III)
- Botschaft vom 7. September 2005 zur Ausführungsgesetzgebung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), BBl 2005 6029 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft NFA II)
- Botschaft vom 18. April 2012 zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Finanzielle Oberaufsicht über die direkte Bundessteuer), BBl 2012 4769 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Oberaufsicht Bundessteuer)
- Botschaft vom 29. Juni 2016 zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, BBl 2016 6377 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Kinderbetreuung)
- Botschaft vom 30. September 2009 zur Änderung des Finanzhaushaltgesetzes und weiterer Erlasse, BBl 2009 7207 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft FHG 2009 und weitere Erlasse)
- Botschaft vom 30. März 1994 zur Änderung des Finanzkontrollgesetzes, BBl 1994 II 721 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Änderung FKG 1994)
- Botschaft vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteaushleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderungen von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA, BBl 2007 645 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft NFA III)
- Botschaft vom 22. Juni 2016 zur neuen Finanzordnung 2021, BBl 2016 6221 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft neue Finanzordnung 2021)
- Botschaft vom 14. November 2001 zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA), BBl 2002 2291 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft NFA I)
- Botschaft vom 12. November 2014 zur Optimierung des Rechnungsmodells (NRM), BBl 2014 9329 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft NRM)
- Botschaft vom 19. November 2014 zur Reform der Altersvorsorge 2020, BBl 2015 1 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Reform Altersvorsorge 2020)
- Botschaft vom 18. Februar 2015 zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds, zur Schliessung der Finanzierungslücke und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen (NAF-Botschaft), BBl 2015 2065 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft NAF)

- Botschaft vom 17. Mai 2017 zur Aufhebung der Ausfuhrbeiträge für handwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, BBl 2017 4351 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Ausfuhrbeiträge)
- Botschaft vom 5. Juli 2000 zur Schuldenbremse, BBl 2000 4653 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Schuldenbremse)
- Botschaft vom 7. September 2016 zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz, FKG), BBl 2016 7117 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Teilrevision FKG)
- Botschaft vom 8. Dezember 2006 zur Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes (Kreditsperre), BBl 2006 301 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft Kreditsperre)
- Botschaft vom 24. November 2004 zur Totalrevision des Bundesgesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz, FHG), BBl 2005 5 ff. (zit. Bundesrat, Botschaft FHG)
- Finanzleitbild, Ziele, Grundsätze und Instrumente für die Finanzpolitik des Bundesrates, 4. Oktober 1999, [https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzpolitik\\_grundlagen/leitbild\\_ziele.html](https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzpolitik_grundlagen/leitbild_ziele.html) (besucht am 13.6.2017) (zit. Bundesrat, Finanzleitbild 1999)
- Subventionsbericht 2008 vom 30. Mai 2008, BBl 2008 6229 ff. (zit. Bundesrat, Subventionsbericht 2008)
- Weisungen vom 1. Juli 2015 des Bundesrates zu den IKT-Projekten in der Bundesverwaltung und zum IKT-Portfolio des Bundes, [https://www.isb.admin.ch/isb/de/home/ikt-vorgaben/grundlagen/w007-weisungen\\_bundesrat\\_ikt-projekte\\_bundesverwaltung\\_und\\_ikt-portfolio\\_bund.html](https://www.isb.admin.ch/isb/de/home/ikt-vorgaben/grundlagen/w007-weisungen_bundesrat_ikt-projekte_bundesverwaltung_und_ikt-portfolio_bund.html) (besucht am 20.3.2017)
- Wirksamkeitsbericht 2012–2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, März 2014, [http://www.kdk.ch/fileadmin/files/Themen/NFA\\_und\\_interkantonale\\_Zusammenarbeit/Bericht\\_Maerz\\_2014.pdf](http://www.kdk.ch/fileadmin/files/Themen/NFA_und_interkantonale_Zusammenarbeit/Bericht_Maerz_2014.pdf) (besucht am 13.6.2017) (zit. Bundesrat, Wirksamkeitsbericht)
- Ziele des Bundesrates 2016, Band I, Bundesratsbeschluss vom 4. November 2015, <https://www.bk.admin.ch/dokumentation/publikationen/00290/00928/01284/index.html?lang=de> (besucht am 13.6.2017) (zit. Ziele des Bundesrates 2016, Band I)
- Ziele des Bundesrates 2015, Band I, Bundesratsbeschluss vom 29. Oktober 2014, <https://www.bk.admin.ch/dokumentation/publikationen/00290/00928/01284/index.html?lang=de> (besucht am 13.6.2017) (zit. Ziele des Bundesrates 2015, Band I)

### **Bundesversammlung**

- Referendumsvorlage, Bundesgesetz vom 17. März 2017 über die Eidgenössische Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz, FKG), BBl 2017 2463 ff. (zit. Bundesversammlung, Referendumsvorlage)

### **Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)**

- Bericht vom 13. Juni 2012 zur Administrativuntersuchung Beschaffungsprozesse INSIEME, Bern 2012 (zit. EFD, Administrativuntersuchung INSIEME)
- Empfehlungen vom 18. März 1996 zur Umsetzung der Ausgabenbremse nach Art. 88 Abs. 2 aBV, Bern 1996 (zit. EFD, Empfehlung Ausgabenbremse)

XXX